

Schwarzarbeit

## Eine halbe Million legale Jobs verschenkt

Würde die Bürokratiendichte in Deutschland auf das Niveau der angelsächsischen Staaten reduziert, könnten 500.000 Jobs aus der Schattenwirtschaft in die Legalität wechseln. Damit wäre eine zusätzliche offizielle Wertschöpfung von 40 Milliarden Euro verbunden. Dies ist das zentrale Ergebnis einer Untersuchung, die das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft durchgeführt hat. Danach gibt es international einen klaren Zusammenhang zwischen dem Umfang der staatlichen Regulierung und dem Ausmaß der Schattenwirtschaft – die zu einem wesentlichen Teil aus Schwarzarbeit besteht. So waren etwa die USA und Großbritannien in den Jahren 1995 bis 2005 sparsam mit bürokratischen Vorgaben – der IW-Regulierungsindex bewertete sie auf einer Skala von 0 bis 100 dementsprechend nur mit 23 bzw. 24 Punkten. Die Schattenwirtschaft machte in diesen Ländern im gleichen Zeitraum denn auch nur 9 bzw. 12 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Deutschlands Vorschriftenschwung führte dagegen zu 48,5 Punkten auf der IW-Regulierungsskala – die Quittung war eine Schattenwirtschaft, die sich im Schnitt der Jahre 1995 bis 2005 auf 16 Prozent der regulären Wertschöpfung belief.

**Dominik H. Enste, Stefan Hardege: Regulierung und Schattenwirtschaft,  
in: IW-Trends 1/2007**

Gesprächspartner im IW: **Dr. Dominik H. Enste, Telefon: 0221 4981-730**  
**Dr. Stefan Hardege, Telefon: 0221 4981-738**

## Schwarzarbeit

# Eine halbe Million legale Jobs verschenkt

**Rund 13 Millionen Deutsche haben sich 2006 schwarz etwas dazu verdient – in diesem Jahr werden es wohl noch einmal etwa 1 Prozent mehr sein. Akut ist das auf die Mehrwertsteuererhöhung zurückzuführen. Vor allem aber die Vielzahl der bürokratischen Vorgaben verleitet die Bundesbürger dazu, am Fiskus vorbeizuwerkeln. Würde der Vorschriftendschungel kräftig gelichtet, könnten bis zu 500.000 legale Arbeitsplätze in Deutschland entstehen, wie eine Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ergeben hat.\*)**

Fünf Stunden muss ein Facharbeiter in Deutschland arbeiten, um sich eine Stunde lang die Dienste eines Kollegen leisten zu können. Der Grund für dieses Missverhältnis ist die hohe Steuer- und Abgabenlast. Sie führt dazu, dass viele Bundesbürger kleinere Tätigkeiten unter der Hand ausführen lassen oder selbst am Fiskus vorbeiarbeiten – ein klassischer Fall von Schwarzarbeit.

von Angehörigen, Freunden oder Nachbarn erbracht wird.

So steht es im Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, das im März dieses Jahres seinen 50. Geburtstag feiert. Das fällige Strafmaß für Schwarzarbeit hat sich im Laufe der Jahre drastisch erhöht: War die Sache anfangs mit maximal 10.000 Mark gegessen, können heute Geldbußen bis zu 500.000 Euro und eine

Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren zum Beispiel für die illegale Beschäftigung von Ausländern verhängt werden. Doch weder die Gefahr, vorbestraft zu sein, noch die drohenden Geldbußen scheinen die Bundesbürger zu schrecken (Grafik):

**Nach einer Umfrage der Meinungsforscher von TNS Emnid für das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat jeder fünfte Deutsche schon einmal schwarzgearbeitet und fast jeder Dritte Arbeiten ohne Rechnung ausführen lassen.**

Männer haben dabei noch deutlich weniger Bedenken als Frauen, unter der Hand Geld zu verdienen oder Schwarzarbeiter zu beauftragen. Gut die Hälfte der Befragten meinte zudem, dass Schwarzarbeit durch die zu Jahresbeginn erhöhte Mehrwertsteuer noch verlockender geworden sei.

Die insgesamt rund 13 Millionen Schwarzarbeiter im Alter von über 18 Jahren haben eigenen Angaben zufolge 2006 im Mittel sechs Stunden pro Woche an der Steuer vorbeigearbeitet – für einen

Brutto-gleich-netto-Stundenlohn von durchschnittlich 10 Euro. Mithilfe dieser Informationen und auf Basis früherer Umfragen kann der Umfang der Schwarzarbeit in Deutschland kalkuliert werden, wobei in dieser Schätzung weitere Bestandteile des Schattenwirtschaftssektors wie illegale und kriminelle Tätigkeiten sowie der Materialeinsatz im Rahmen der Schwarzarbeit nicht enthalten sind (Grafik Seite 5):

**Für dieses Jahr lässt sich eine schwarze Wertschöpfung von 135 bis 158 Millionen Euro prognostizieren – was 6 bis 7 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts und umgerechnet 2,4 bis 2,8 Millionen Vollzeitjobs entspricht.**

Diese sind allerdings nicht komplett in die offizielle Wirtschaft übertragbar, selbst wenn es gelänge, Schwarzarbeit unmöglich zu machen. Zwischen einem Drittel und einem Viertel der schwarzen Aufträge würde gemäß Umfragen auch zu offiziellen Konditionen vergeben. Knapp die Hälfte der Arbeiten bliebe unerledigt, der Rest würde selbst in die Hand genommen.

**Somit könnten durch eine wirksame Eindämmung der Schwarzarbeit 800.000 bis 1 Million Vollzeit Arbeitsplätze entstehen.**

Der Fiskus nähme dann bis zu 5 Milliarden Euro zusätzlich an Einkommenssteuer ein, und die Sozialversicherungen könnten sich über ein Budgetplus von bis zu 12 Milliarden Euro freuen.

Bleibt die Frage, was Vater Staat tun kann, um dieses Ziel zu erreichen – das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit hat in den vergangenen 50 Jahren offensichtlich wenig bewirkt. Der Königsweg wäre sicherlich eine Verringerung der Steuer- und Abgabenlast, denn eine solche Maßnahme würde der Schwarzarbeit den Boden entziehen. Die damit verbundenen kurzfristigen Einnahmeausfälle sind jedoch kaum zu überbrücken. Eine gewisse Wirkung zeigt auch die 2006 eingeführte verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von Handwerksrechnungen und Haushalts-



Schwarzarbeit leistet definitionsgemäß, wer Dienstleistungen erbringt oder produktiv tätig wird und dabei gegen Sozialversicherungs- oder Steuerpflichten verstößt. Auch wer die Zulassungsvorschriften für sein Gewerbe oder Handwerk nicht einhält, arbeitet schwarz. Gleiches gilt für Arbeitslosengeld- und Sozialhilfeempfänger, die ihre Zuverdienste nicht angeben. Erlaubt ist lediglich die so genannte Nachbarschaftshilfe, sofern sie nicht darauf ausgelegt ist, nachhaltige Gewinne zu erzielen, und

dienstleistungen. Doch zum einen wird dadurch das Steuerrecht noch komplizierter, zum anderen werden nur bestimmte Tätigkeiten erfasst.

Weitaus effektiver und nicht mit weniger Einnahmen für den Staat verbunden ist hingegen der schlichte Abbau von Vorschriften. Dass gerade in Ländern, in denen unter anderem der Arbeitsmarkt stark reguliert ist, besonders häufig inoffiziell Geld verdient wird, lässt sich mithilfe des IW-Regulierungsindex belegen. Für diesen Indikator wurden 25 Industriestaaten auf die Dichte von bürokratischen Vorgaben wie Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften in den Jahren 1995 bis 2005 untersucht (Grafik):

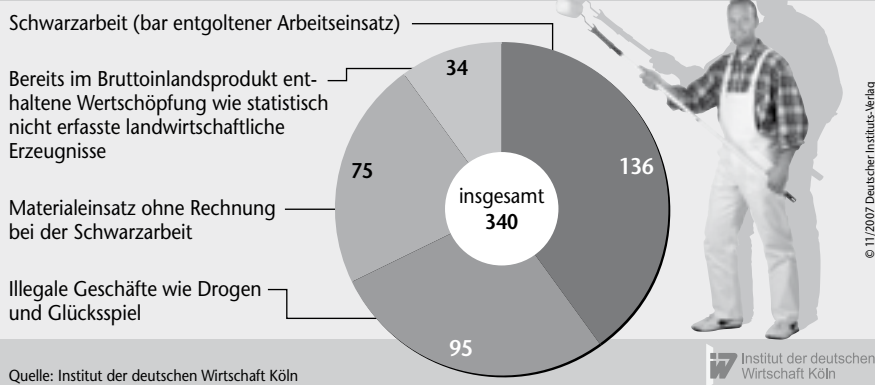
**Während sich Deutschland mit 48,5 Punkten auf einer Skala von 0 bis 100 durch einen regelrechten Bürokratie-dschungel auszeichnet, pflegen die Angelsachsen mit weniger als 30 Zählern ihren kurz geschorenen englischen Regulierungsrasen.**

Der OECD-Durchschnitt liegt bei 38,5 Punkten. Bürokratie-Spitzenreiter sind Polen, Griechenland, Italien und die Slowakei mit 50 Punkten und mehr. Am besten steht Neuseeland mit gerade 22 Zählern da.

Ein Zusammenhang zur Schattenwirtschaft kristallisiert sich klar heraus. In Staaten, die Vorschriften sparsam handhaben, wie den USA oder der Schweiz, haben Schwarzarbeit, illegale Aktivitäten und Co. einen relativ geringen Umfang. Sie machten dort im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2005 nur 9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Ganz anders sieht es etwa in Polen aus mit seiner inoffiziellen Wirtschaftsleistung von fast

## Schattenwirtschaft: Zum Großteil Schwarzarbeit

in der Schattenwirtschaft erzielte Wertschöpfung im Jahr 2006 in Milliarden Euro



29 Prozent des BIP im selben Zeitraum. Italiener und Griechen umgingen den Fiskus beinahe ebenso gern. In Deutschland lag das Volumen der gesamten Schattenwirtschaft in den vergangenen zehn Jahren bei knapp 16 Prozent der regulären Wertschöpfung.

Dieser Wert könnte deutlich geringer ausfallen, wenn hierzulande in größerem Stil Vorschriften abgebaut würden. Dies lässt sich aus dem internationalen Zusammenhang von Regulierungsdichte und Umfang der Schwarzarbeit herauslesen. Wenn es der Bundesregierung nur gelänge das Regulierungsniveau auf den OECD-Durchschnitt herunterzuschrauben, könnten bis zu einer viertel Million Arbeitsplätze aus der Schattenwirtschaft in die Legalität wandern. Allein dadurch würde die hiesige Wirtschaftsleistung um 20 Milliarden Euro steigen.

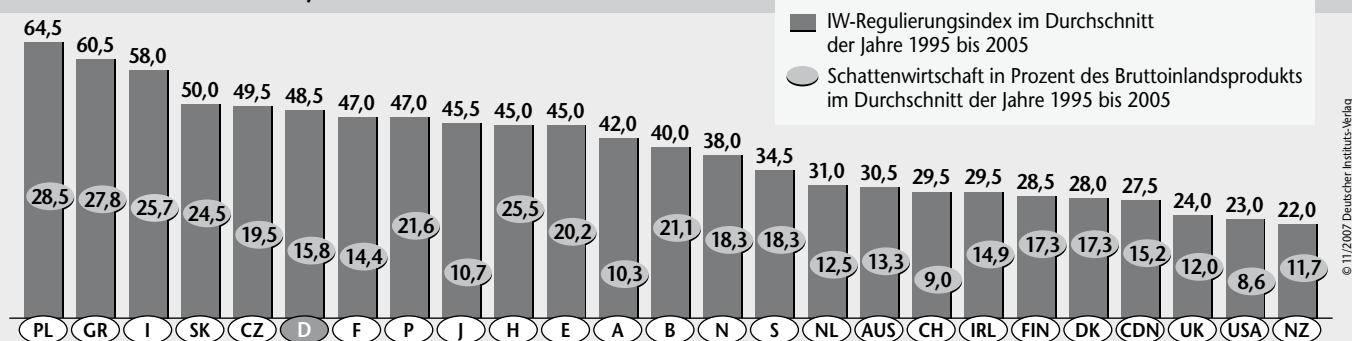
**Eine Deregulierung auf britisches, irisches oder US-Niveau brächte Deutschland sogar eine halbe Million Jobs und eine zusätzliche offizielle Wertschöpfung von 40 Milliarden Euro.**

Einen ersten Schritt in diese Richtung, hat die Politik mit dem geplanten Bürokratieabbau um 25 Prozent schon getan. Dadurch würden sich auf Unternehmensseite die Kosten verringern und für die Endkunden wären günstigere Preise möglich – womit sich der Anreiz, bestimmte Arbeiten schwarz abzuwickeln, tendenziell verringert. Dauern wird der Bürokratieabbau aber wohl noch bis 2011, während gleichzeitig das Antidiskriminierungsgesetz den Betrieben weiteren Papierkram aufbürdet.

Die Firmen haben es ohnehin schwer genug mit insgesamt 160 zu beachtenden Schwellenwerten. Ab elf Mitarbeitern verschärfte sich zum Beispiel der Kündigungsschutz drastisch und bei mehr als 15 Beschäftigten gilt der gesetzliche Anspruch auf Teilzeitarbeit. Würden diese Vorgaben für alle Unternehmen vereinheitlicht, hätten gerade die kleineren Betriebe einen deutlich verringerten Bürokratie- und Zeitaufwand.

\*) Vgl. Dominik H. Enste, Stefan Hardege: Regulierung und Schattenwirtschaft, in: IW-Trends 1/2007

## Viele Vorschriften, viel Schattenwirtschaft



IW-Regulierungsindex: Dichte von bürokratischen Vorgaben wie Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften auf dem Arbeitsmarkt, den Produktmärkten, den Kapitalmärkten, im Bereich Bildung und Innovation sowie Qualität staatlicher Institutionen auf einer Skala von 0 = geringe Regulierung bis 100 = hohe Regulierung  
Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Enste/Schneider (2006)